

ff

in Nagold.

auf die am

er ds. Ss.

tsaal in Nagold

ge

Heimatdienst

am und laden zu

in

Der Vorstand.

ng

ier.

br. findet im

1885

itung

u alle Alters-

er und aus-

nd.

-Seife

Bezugs-Preise
 Monat, einjährl.
 Tegetlohn & 1.00
 Einzelnnummer 10 J
 Erscheint an
 jed. Werktag
 Verbreitete Zeitung
 in D.A.-Bez. Nagold

In Fällen höch. Gewalt
 besteht kein Anspruch
 auf Lieferung d. Zeitg.
 aber auf Rückzahlung
 des Bezugspreises.
 Telegramm-Adresse
 Gesellschaft Nagold.
 Postfach-Konto
 Stuttgart 5113.

Der Gefellchaster

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Nagolder Tagblatt mit der landwirtschaftlichen Beilage Haus-, Garten- u. Landwirtschaft

Anzeigen-Preise
 Die ein spaltige Zeile
 aus gemähl. Schrift
 ab. deren Raum 15 J
 Familien-Rang. 12 J
 Reklame-Zeile 45 J
 Sammelanzeigen
 50 % Aufschlag
 Für das Erscheinen
 von Anzeigen in be-
 stimmten Ausgaben
 und an besonderen
 Plätzen, wie für tele-
 phonische Zustände u.
 Chiffrenanzeigen kann
 keine Gewähr über-
 nommen werden.

Nr. 255 Begründet 1826 Samstag den 31. Oktober 1925 Fernsprecher Nr. 29. 99. Jahrgang

Tagespiegel

Der Mindestlohn für die Aufwertung der Sparkassen wurde in Preußen auf 12 1/2 o. h. festgesetzt.

Der 2ter Ausschuss der öffentlichen Beamten hat dem Bundeskanzler Kamek ein Ultimatum bis Sonntag bezüglich der Gehaltsforderungen übergeben. Im Fall der Ablehnung oder Nichtbeantwortung soll von Mittwoch ab gestreikt werden.

Die Sowjetregierung hat ihre diplomatischen Vertreter Krasin in Paris und Kozlovski in London vertauscht.

Politische Wochenschau.

Es ist wieder eine eigenartige Schicksalsfügung, daß mit einer Regierungskrise in Deutschland eine solche in Frankreich, ebenfalls ohne inneren Zusammenhang, zeitlich zusammenfällt; hier ist die Krise auf innerpolitische, in Deutschland auf außenpolitische Gründe zurückzuführen. Der Vertrag von Locarno hat im Reich die Kräfte geschieden und es ist eine Erregung eingetreten, die den alten Parteihader aufs neue entfacht hat. Es ist aber notwendig, die Sachlage mit vollkommener Ruhe und Rührigkeit und ohne jede parteimäßige Stellungnahme zu betrachten, sonst kommt man zu keiner klaren Vorstellung über die Dinge. Da ist zunächst festzustellen, daß eigentlich nicht der Vertrag an sich die Verwirrung gestiftet hat; aber seinen Wert oder Unwert sind die Parteien einig, und die Bedenken gegen die Abmachungen werden von allen Seiten geäußert. So schrieb das führende Blatt der Sozialdemokratie, der „Vorwärts“: „Neben die Rückwirkungen ist nichts Bindendes, nichts Schriftliches erzielt worden. Der Sicherheitsvertrag ist nicht befristet und nur unter ganz fraglichen Umständen kündbar, der Verzicht auf Eliahs-Verträge ist von deutscher Seite freiwillig ausgesprochen. Und die Schiedsgerichtsverträge lassen zwar für Deutschland die theoretische Möglichkeit offen, sich später auf rein friedlichem Weg mit Polen über eine Grenzberichtigung zu verständigen, aber kein Mensch wird diese Möglichkeit in ihrer praktischen Bedeutung überschätzen. Die Militärabkündigungen zwischen Frankreich und Polen wegen der Liebeskonditionen bleiben bestehen und werden durch die in Locarno abgegebenen Erklärungen eher noch gestärkt als abgeschwächt.“

In der tatsächlichen Beurteilung des Vertrags besteht also kein wesentlicher Unterschied von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten. Infolge der Verdrängtheit, die sich die Unterhändler von Locarno gegenseitig zugesichert haben, sind außerdem noch manche Einzelheiten in Dunkel gehüllt, es erscheint daher als begründet, daß man sich bemühen möchte, möglichst gemeinsam das für Deutschland offenbar unzulängliche Vertragswerk durch weiteren Ausbau annehmbar zu machen. Darin wurde nichts gehindert durch den Beschluß der deutschnationalen Reichstagsfraktion vom 21. Oktober, daß das Vertragswerk von Locarno den deutschen Lebensinteressen nicht entspreche und daher abgelehnt werden müsse. Eine neue entscheidende Wendung erhielt die Frage erst durch Beschluß der deutschnationalen Parteiparlaments und der Landesverbandsparlamenten vom 23. Oktober, der den Vertrag für unannehmbar erklärte. Dieser Beschluß, der von der Reichstagsfraktion am 25. Oktober bestätigt wurde, bedeutete eine offene Abgabe an die Vertragspolitik des Außenministers Dr. Stresemann, und die drei deutschnationalen Mitglieder des Reichstags, Innenminister Schiele, Reichsfinanzminister van Sclieden und Reichswirtschaftsminister Dr. Reubhaus wurden demgemäß von der Fraktion in Hebrereinstimmung mit dem Beschluß des Parteiparlaments und der Landesverbandsparlamenten aus der Regierung abberufen. Die deutschnationalen Fraktion ist damit aus der Regierungskoalition ausgeschieden. Der Reichskanzler nahm die Rücktritte an und die im Kabinett verbleibenden Mitglieder beschloßen mit Billigung des Reichspräsidenten daß die Regierung im ganzen nicht zurücktritt und die bisherige Außenpolitik fortsetzen solle, am Ende November mit dem Ergebnis der inzwischen weitergeführten Verhandlungen vor den Reichstag zu treten. Die erledigten Ministerposten wurden vorläufig von anderen Ministern provisorisch im Nebenamt übernommen, und zwar das Reichsfinanzministerium von Reichskanzler Dr. Luther, der es schon vor seiner Parteiführung verwaltet hatte, das Innenministerium vom Reichswehrminister Gessler und das Wirtschaftsministerium vom Arbeitsminister Dr. Braun. Die Neubestellung wirkte sich, nebenbei bemerkt, sofort u. a. dadurch aus, daß Dr. Gessler den von Dr. Schiele vorbereiteten Reichsschulgesetzentwurf juristisch, der Entwurf wird also den Reichstag gar nicht mehr beschäftigen.

Was hat aber die deutschnationalen Fraktion veranlaßt, fast plötzlich über den Beschluß vom 21. Oktober hinauszu- gehen? Die Partei erklärt, es sei in den geheimen Verhandlungen, von denen die drei Minister ohne Zweifel Kenntnis haben mußten, eine Wendung eingetreten, die am 21. Oktober noch nicht vorauszu- sehen war, und die wohl damit im Zusammenhang steht, daß Briand auf eine Anfrage des Reichskanzlers, er möchte sich über gewisse kritische Punkte erklären, eine ablehnende Antwort gab. Unter allen diesen Umständen sei eine günstigere Gestaltung der Verhandlungen bis zu dem Mindestmaß, das für Deutschland gefordert werden müsse, nicht mehr zu erwarten; es sei daher richtiger, wenn man den unannehmlichen Vertrags- zugern durch offene Ablehnung die deutsche Entscheidungsvorzug führe. Dazu kommt, daß die drei Minister von dem Bericht, der von dem von Locarno nach Berlin ent-

Das Wüten der Franzosen in Syrien

London, 30. Okt. Der „Star“ meldet, die englische Regierung werde wegen der Schädigung britischen Eigentums durch die Belagerung der Stadt Damaskus Schadenersatz verlangen.

Die Regierung in Washington soll sehr entrüstet sein, daß die Franzosen vor der Belagerung nur ihre Landsleute gewarnt und in Sicherheit gebracht haben, englisches und amerikanisches Eigentum aber zerstört und dadurch ihre Hauptgläubiger in unverantwortlicher Weise verletzt haben. Die amerikanische Regierung habe einen scharfen Einspruch nach Paris gerichtet.

„Daily News“ berichtet aus Jerusalem: Flüchtlinge beschreiben Damaskus als eine tote Stadt, die auslebe, als wenn sie unter einem Erdboden gelitten hätte. Der Verkehr sei eingestellt. Nur ein Stadteil sei verhältnißmäßig geblieben. Sieben lebanonische Soldaten verkränkten lebendig in einem Stall. Das ganze Land sei empört.

Abberufung Sorraills

Paris, 30. Okt. Der neue Minister hat sofort den General Sorraill telegraphisch aus Syrien abberufen. (Sorraill wäre schon längst abberufen worden, wenn er nicht durch seinen Freund Herriot gestützt worden wäre.)

Der griechische Reiz

Paris, 30. Okt. Laut Haas haben die griechischen Truppen auf bulgarischen Boden Häuser angezündet und Getreide, Vieh und eine große Menge Tabak geraubt. Das Schicksal der gefangenen bulgarischen Soldaten ist unbekannt.

Indien Staatssekretär Kempner erstattet wurde, nicht bedrückt und daß sie mit der vorläufigen Unterzeichnung (Paraphierung) des Vertrags in Locarno nicht einverstanden waren, weil zuvor im Kabinett die Unverbindlichkeit der Verhandlungen vereinbart worden war.

Der Reichskanzler verteidigte nun in einer Rede in Wien am 28. Oktober den Standpunkt der Regierung. Diese Rede stimmt in ihrem Gehalt, teilweise die auf einzelne Redemendungen hinaus, mit einer Rede Dr. Stresemanns in Karlsruhe und einer folgenden, offensichtlich von Dr. Stresemann beeinflussten Erklärung der Deutschen Volkspartei überein, woraus hervorgeht, daß der Reichskanzler und der Reichsaußenminister in diesen Fragen durchaus einig gehen. Bemerkenswert war namentlich auch die Antikündigung Dr. Luthers, daß eine weitgehende Klärung des deutschen Volks einsehen und daß nötigenfalls dem Volk die Entscheidung anheimgegeben werde, falls der Reichstag die Befristung des Vertrags ablehnen würde. Mit anderen Worten, wenn der Reichstag keine Mehrheit für den Vertrag ausbrächte, so würde das Kabinett Luther-Stresemann nicht zurücktreten, sondern den Reichstag auflösen und die Probe mit Neuwahlen machen. Die Klärungsarbeit wird zunächst Dr. Stresemann mit einer Rundfunkrede am Dienstag eröffnen. Die Sozialdemokratische Partei hat aber bereits erklärt, daß sie zwar bedingungslos für den Vertrag von Locarno sei, daß sie aber in diesem Reichstag nicht für ihn stimmen werde, sie verlange vielmehr die sofortige Auflösung. Wechselt hat man sich auf demokratischer Seite ausgesprochen. Beide Parteien fordern weiterhin, daß die Deutschnationalen nicht mehr zur Regierung zugelassen werden. Es wäre aber neben anderen Bedenken, die der Auflösung entgegenstehen, doch wohl zu erwägen, ob dadurch nicht der Schein entsteht, als wollten sich die Parlamentarier der ihnen zukommenden Verantwortung entziehen und sie auf die Wähler abwälzen.

Vergessen wir doch eines nicht: der Feind steht weder rechts noch links, sondern unser aller gemeinamer Feind ist nirgendwo anders zu finden als in dem Gewaltspruch von Versailles und in dem Geist, in dem er seit Jahren angewandt worden ist. Die Siegermächte sind schuld daran, wenn es zu neuen Erschütterungen in Deutschland kommt und wenn die Berührung Europas erschwert und verzögert wird. Sie haben in Locarno dieser Ratlosigkeit nur insoweit Rechnung getragen, als die Verträge ihnen Ruhe versprochen; sie zeigen kein Entgegenkommen in den Punkten, wo der Gewaltspruch von Versailles am unerträglichsten ist. Immer noch ist es ihnen von ausschlaggebender Wichtigkeit, die Lebensfähigkeit des neugeschaffenen politischen Staats auf Kosten Deutschlands zu ermöglichen und ganz Ostpreußen vom Reich abzutrennen. Das Drängen unserer Unterhändler und der öffentlichen Meinung Deutschlands vermochte ihnen über das unterjochte Rheinland nur unverbindliche Worte abzurufen, auf deren Einlösung wir vertrauen sollen, wenn wir erst unsere Interessen unter die Vergichte und Bindungen gesetzt hätten, die uns Locarno auferlegt. Wenn wenigstens in diesem Punkt der Tatwille, der „Geist von Locarno“ sich offenbart hätte, so würde er die Stimmung in Deutschland über die schweren anderen Bedenken hinweg rufen, und man hätte das Vertrauen gewinnen können, daß ein Friede der Gerechtigkeit und der gegenseitigen Sicherheit in der Entwicklung begriffen sei.

Was soll man aber dazu sagen, daß von Briand und Chamberlain, da sie die Richtsäumung nach Erfüllung der deutschen Entlohnung mit politischen Gründen nicht mehr bemühen können, nunmehr ihre Zustimmung zu angeblichen militärischen Gutachten nehmen, wie sie baldamtlich in Paris und Londoner Wätern ausstößen. Da hier es in der „Times“, das erste Belegungsgebiet (Köln usw.) kann nach nicht so bald geräumt werden.

Russische Spionage in Finnland

Helsingfors, 30. Okt. Die Polizei verhaftete in Wiborg einen Beamten des dortigen sowjetrussischen Konsulats wegen militärischer Spionage. Finsta Notisbyron teilt mit, seine Schuld sei vollkommen erwiesen.

Die Wahlen in Kanada

Ottawa, 30. Okt. Bei den gestrigen Parlamentswahlen wurden nach vorläufiger Feststellung gewählt 88 Konservativen, 54 Liberale, 2 Fortschrittler und 1 Vertreter der Arbeiterpartei.

Gegenangriff Tchangholins

Paris, 30. Okt. Nach einer Meldung des „Newport Herald“ aus Schanghai hat General Tchangholin einen Gegenangriff eröffnet und Hettchow, einen bedeutenden Hohen nördlich von Kianglu, eingenommen. Dieser Sieg sei ein beträchtlicher Erfolg und werde den Rückzug der Tchangholins entgegenstehenden Truppen zur Folge haben. Es werde angenommen, daß unter den Tchangholins kriegerischen Führern Reinigungsversuchen bestehen trotz ihrer Ausrottung des nationalen Bundes.

Asiatischer Bund

London, 30. Okt. Blättermeldungen zufolge soll der türkische Außenminister Temoil Polaka beabsichtigen, einen Bund asiatischer Staaten ins Leben zu rufen. Afghanistan, Turkestan und einige angrenzende Staaten sollen sich bereits zum Beitritt bereit erklärt haben. Auch Rußland und die Mohammedaner in Indien seien zum Anschluß bereit.

denn — es könnte im Januar der Rhein Hochwasser haben, und zur Räumung brauche man auch den Rhein, außerdem hänge noch alles von den Franzosen ab, die ihre Quartiere nicht während des Winters verlassen wollten. In Lind denn die französischen Divisionen nicht während des Winters im Januar 1923 in das Ruhrland eingebrochen? Und wenn man gegen die baldige Räumung gar auf die Möglichkeit einer Kehlho-... (Text is partially obscured and repetitive in the original image)

Wesentlich einfacher als in Deutschland war die Regierungskrise in Frankreich. Das Kabinett wollte sich des Finanzministers Caillaux entledigen, gegen den sich der Parteivorstand der Radikalen und der Sozialisten in Riga ausgesprochen hatte, weil diesen Parteien angeblich die Finanzreform Caillaux nicht gefiel, obgleich Caillaux gerade auf Grund seiner Reformpläne seinerzeit in das Kabinett Painlevé aufgenommen worden war. Verändert hatte sich also nicht Caillaux, sondern das Kabinett. Caillaux führte nämlich einen unerbittlichen Kampf gegen die Großbanken, die Inflationsgewinnler und Valutaforscher, und er lehnte die von der Linken geforderte Kapitalabgabe von 10 Prozent ab, weil sie, wie er behauptete, Tausende von Kleinbauern ruinieren würde; die Spekulant aber warteten nur darauf, sich der Reingüter zu bemächtigen. In dem Kampf gegen das Großkapital mußte Caillaux, von Painlevé und dem Kabinett im Stich gelassen und von Herriot, dem Schuldträger der Großbanken, belächelt, unterliegen. Zwar weigerte er sich, allein zurückzutreten, und er zog das ganze Kabinett mit sich, aber das war doch nur eine Form- und Ehrensache; Painlevé war zwei Stunden nach seinem Rücktritt schon im Besitz des Austrags des Staatspräsidenten Doumergue zur Neubildung des Kabinetts, und im Handumdrehen hatte er dieses beieinander. Das neue Kabinett ist noch wesentlich härter nach links gerichtet als das bisherige.

Der freibestaltete Heberfall der Griechen über das neuerrönnete Bulgarien hat auf Anruf Bulgariens den Völkerrundrat auf den Plan gerufen. Die Rolle, die der griechische Vertreter vor dem Gerichtshof in Paris spielte, war überaus köstlich. Mit seinen Ausfälligkeiten und handgreiflichen Unwahrheiten verdarb er es schließlich sogar bei dem Vorstehenden Briand, der anfänglich den Griechen nicht so ganz abhold schien. Chamberlain übergab den Griechen aber wiederholt mit einem kräftigen Wasserstrahl Zuletz wurde den streitenden Parteien die strenge Auflage gemacht, die Feindseligkeiten einzustellen und das fremde Gebiet zu räumen. Nach der Sachlage trifft der Beschluß nur die Griechen, die das bulgarische Gebiet verlegt und nach dem Richterpruch ihre Schöpfungen gegen wehrlose bulgarische Städte und Dörfer fortgesetzt haben. Der Richterpruch des Völkerrundrats wird selbstverständlich nur von besserer Wirkung sein, wenn den Griechen für ihren Heber-



mit auch eine entsprechende Buße an das geschädigte Dis-

Neuestes vom Tage

Die Reichsregierung an die Verbündeten
Berlin, 30. Okt. Wie L. II. meldet, hat die Reichsregierung in London, Paris, Brüssel und Rom mitteilen lassen, daß das Kabinett auch nach dem Ausscheiden der drei Minister die bisherige Politik fortsetzen werde; das Kabinett mache aber die Unterfertigung der Verträge davon abhängig, ob die „Nädwirkungen“ wirklich in entsprechendem Maß eintreten.

Erklärung der Deutschnationalen
Berlin, 30. Okt. Die Zeitung der Deutschnationalen Volkspartei veröffentlicht eine Erklärung, in der u. a. gesagt wird: Die Verhandlungen über den Sicherheitsvertrag sind durch die Streifenmännliche Denkschrift vom 9. Februar ohne Wissen der Deutschnationalen eingeleitet worden. Sobald wir von diesem Schritt Kenntnis erhielten, haben wir Einspruch erhoben. Wir haben uns an den weiteren Verhandlungen beteiligt, um zu verhindern, daß Deutschland unter Bedingungen, die sein Lebensinteresse nicht wahren, in Bänderbund und Sicherheitsvertrag verwickelt werde. Wir haben von der Regierung und den Regierungsparteien die Freilegung von Richtlinien erreicht, die auch unteren Auffassungen entsprechen, und wir haben niemals einen Zweifel gelassen, daß für uns die Annahme der Verträge von der vollen Durchführung dieser Richtlinien abhängig sei. Das Werk von Locarno hat uns aber bitter enttäuscht; die deutschen Richtlinien sind nicht erfüllt. Der Widerruf der Schuldlage ist nicht zu voller Auswirkung gebracht. Ein Verzicht auf deutsches Land und Solt ist im Sicherheitsvertrag weder durch einen klaren eindeutigen Wortlaut noch durch ein wirksames Abkündigungsrecht ausgeschlossen. Die Gegenseite konnte vor der Welt behaupten, daß Deutschland verzichtet habe. Die deutsche Handlungsfreiheit zwischen West und Ost ist gegen die Gefahren des Artikels 16 der Völkervereinbarung nicht klar und bindend gesichert. Wahre Gleichberechtigung und Gegenseitigkeit auf dem Gebiet des Verkehrs ist nicht erreicht. Garantie- und Schiedsverträge bringen Deutschland neue Fesseln. Von unerlässlichen Vorleistungen vor Eintritt in entscheidende Verhandlungen ist gar keine Rede mehr. Für die besetzten Gebiete sind nur sogenannte Nädwirkungen in Locarno in Aussicht gestellt, aber nicht gesichert. Die Abklärung der Forderungen für die Räumung von Rhein und Ruhr ist nicht zur letzten Bedingung des Abchlusses gemacht. Die deutschen Vertreter haben das Werk von Locarno in unerwarteter Ueberehrung gegen die getroffenen Abmachungen und gegen unseren Einspruch paradiert. So mühten wir uns überzeugen, daß wir durch das Verbleiben in der Regierung unsere Ziele nicht mehr erreichen, sondern uns nur noch dem Schein aussetzen können, als ob auch wir diese Ziele innerlich aufgegeben hätten. Darum haben wir unseren Einfluß als Regierungspartei geopfert, um dem In- und Ausland volle Klarheit über den Ernst der Lage zu geben und in voller Handlungsfreiheit einzuweisen für unser unerreichbares Ziel, die Freiheit des Vaterlands.

Am 16. November soll der Parteitag der Deutschnationalen Volkspartei in Berlin abgehalten werden.

Der deutsche Hochschulring hat in einer Entschließung gegen die freiwillige Anerkennung des Diktats von Versailles durch den Vertrag von Locarno Einspruch erhoben.

Tödlicher Anfall des Generals Müller

Berlin, 30. Okt. Auf dem Truppenübungsplatz Jüterbog (Mark) wurde bei einem Offizierskurs eine Scharfschießübung von Infanterie, Maschinengewehren und Artillerie abgehalten, zu der auch Reichswehrminister Geßler erschienen war. Bei dieser Übung hatten die schweren Maschinengewehre die angreifende Infanterie, in deren vorderster Reihe die Übungsleitung und die höheren Offiziere darunter Generalleutnant Müller vom 4. Wehkreis (Dresden) sich befanden. Die Entfernung zu den Maschinengewehren, die über die Infanterie hinwegschossen, betrug 1000 Meter. Plötzlich sah General Müller, der neben Dr. Geßler und General von Lohberg gestanden hatte, zusammen und brach mit den Worten: „Mir ist so übel!“ zusammen. Nach wenigen Augenblicken war er tot. Es wurde festgestellt, daß der General von einer Maschinengewehrpatrone, einem sogenannten Querschläger, in den Unterleib getroffen worden war, die die große Bauchschlagader zerriß und eine innere Verblutung herbeiführte hatte. Die Übung wurde sofort abgebrochen und die Leiche nach Jüterbog gebracht, von wo sie am Freitag nach Dresden überführt wurde. — Generalleutnant Müller war 1866 als Sohn des k. sächsischen Bezirksdirektors in Baunzen geboren. Er machte den Krieg als Oberleutnant und Kommandeur des Reserve-Inf.-Regts. 104 mit, im April 1918 war er zum Generalmajor befördert und am 15. Juni 1921 zum Kommandeur der 4. Reichswehrdivision und Befehlshaber des 4. Wehkreises ernannt worden.

Bei der Übung wurde auch Oberleutnant Ritter v. Hörst vom Stab des Kommandos 2 (Kassel) durch Steinplitzer verletzt, die durch Maschinengewehrschüsse verursacht waren.

Kein Einschreiten gegen General v. Armin

Berlin, 30. Okt. Oberreichsanwalt Ebermeyer erklärte, daß er gegen den General der Infanterie a. D. Sigt v. Armin nicht einschreiten werde, da der Tatbestand des verurteilten Hochverrats nicht gegeben und auch sonst kein strafbares Vergehen zu erkennen sei. — Der General hatte bei der Einweihung des Denkmals der Augusta-Grenadiere einen Kranz im Namen des Kaisers niedergelegt.

Verurteilung eines deutschen Dampfers wegen verbotenen Fischens

Reims, 29. Okt. Der deutsche Fischdampfer „Wittgenstein“, Kapitän Stemann, wurde wegen ungesetzlichen Fischens auf isländischem Hoheitsgebiet angehalten. Das Urteil lautet auf 10 000 Kronen Geldstrafe, Beschlagnahme des Fanggeräts, sowie Erstattung der Gerichtskosten im Betrag von 1500 Kronen.

Das neue französische Kabinett
Paris, 30. Okt. Das neue Kabinett Painlevé stellte sich gestern der Kammer vor. Die Aufnahme war kühl, und

man nimmt allgemein an, daß es nicht von langer Dauer sein werde, da es weder die Kraft noch die Fähigkeit besitze, der drohenden Finanzkrise die Stirn zu bieten.

Der bisherige Präsident der Bank von Frankreich wurde abgesetzt und zum Präsidenten der bisherigen Handelsminister Chaumont ernannt. Der Direktor im Ministerium Briand, Peneleon, wurde zum Generalsekretär der Bank ernannt. Es ist das erstmal, daß diese Stelle mit Parteipolitikern statt mit Fachleuten besetzt werden. — Der bisherige Präsident hat sich bei den Regierungsparteien dadurch mißliebig gemacht, daß er der Regierung mehrmals Vorläufe der Bank für Notenausgaben verweigerte.

Der Dolchstoß-Prozeß

München, 30. Okt. In der gestrigen Sitzung wurde die Vernehmung des früheren Reichsverteidigungsministers General Erdner fortgesetzt: Eine harte Vernehmung der Truppen sei festzustellen gewesen. General Ludendorff habe erklärt, er könne noch bis Weihnachten Widerstand leisten. Als er am 30. Oktober zum Nachfolger Ludendorffs ernannt worden sei, sei er gegen die Abdankung des Kaisers gewesen. Er habe den beiden Generaladjutanten vorgezogen, daß der Kaiser sich an die Front und in die Schützengräben begeben und es darauf ankommen lassen solle, daß ihn die tödliche Kugel treffe. Die Generaladjutanten lehnten diesen Vorschlag ab, ebenso Hindenburg. Als der Mordanschlag ausbrach, sei er überzeugt gewesen, daß der Widerstand im Westen erschüttert sei. In einer Besprechung, die er am 6. November mit Scheidemann, Ebert und anderen Sozialisten hatte, sei sein Wort gefallen, das auf eine Revolution schließen ließ. Ebert habe die Abdankung des Kaisers verlangt, einer seiner Söhne solle die Regentschaft führen. Er (Erdner) habe sich fehlerhafter Weise widersetzt, weil er vom Generalleutnant Klotz, den Kaiser zu schützen, im Eiderschloß mit Ebert habe er (Erdner) 10 Divisionen nach Berlin geschickt, diese seien aber abhanden gekommen und nur 1800 Mann am 23. Dezember in Berlin angefangen. Für die schwierige Lage habe Ludendorff im September 1918 drei Gründe genannt: den schwierigen Ersatz, die Masse der feindlichen Tanks und die Tatsache, daß ihm keine frischen Reserven geschickt wurden.

Dann wurde Fabrikbesitzer Dr. Koch-Stuttgart als Zeuge gehört. Er sagt aus, in den Kriegsausschüssen, denen er angehört, sei nie von einer politischen Betätigung der Arbeiter gesprochen worden.

In der Freitagsitzung kam Reichstagsabgeordneter Scheidemann zur Vernehmung: Deutschland sei unterlegen infolge des Hungers, Stands, der Blutverluste und der gewaltigen Uebermacht, vor allem aber deshalb, weil es an einer Führung fehlte, die es verstanden hätte, rechtzeitig Frieden zu machen. Wenn die Feinde behaupten, daß Deutschland allein schuld am Krieg sei, so sei das eine Unwahrheit, Schuld tragen alle Staaten, die am Krieg beteiligt waren. Wenn die Feinde Deutschland besiegten, so sei das begrifflich. Wenn aber gewisse Kreise in Deutschland einen Teil des Volks als Verräter, Novemberverbrecher und Dolchstößer bezeichneten, so sei das unbegrifflich. Er gehöre zu den am meisten verfolgten Opfern dieser Heerei. Er habe Tausende von Drohbrieffen bekommen. Die Politik seiner Partei sei während des Kriegs durchaus geradlinig gewesen. 1918 wäre die Bildung einer Regierung überhaupt nicht möglich gewesen, wenn die Sozialdemokratie es nicht gemacht hätte.

Württemberg

Stuttgart, 30. Okt. Wegen der Volltillierung der Beamtenchasse. Der Gesamtbeamtenrat erhebt in einer Entschließung Einspruch gegen die Befehung von Beamtenstellen durch Berufspolitiker. Einspruch, schon wegen der Notwendigkeit äußerster Sparsamkeit. Für Berufspolitiker dürfen ferner keine Beamtenstellen geschaffen oder vorbehalten werden; bei Stellenbefehungen und Beförderungen soll ausschließlich das sachliche Erfordernis der Stelle und die persönliche Eignung sowie die berufliche Ausbildung maßgebend sein. Diese Forderungen werden wiederholt zum Ausdruck gebracht, da dem Vernehmen nach zwei wichtige Stellen im Staatsdienst in Bälde mit Berufspolitikern besetzt werden sollen.

Stuttgart, 30. Okt. Senkung der Viehpreise. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Seit der letzten Herabsetzung der Fleisch- und Wurstpreise in Stuttgart sind die Viehpreise auf den letzten Stuttgarter Schlachtmärkten durchweg und zum Teil nicht unerheblich zurückgegangen, so daß eine weitere Senkung der Fleisch- und Wurstpreise erwartet werden kann.

In der Arbeitsmarktlage Stuttgarts ist gegenüber der Vormoche keine wesentliche Änderung eingetreten. Der Beschäftigungszustand ist wenig befriedigend bezeichnet worden. Die Zahl der Erwerbslosenunterstützungsempfänger ist gegenüber der letzten Woche um 38 auf 439 gestiegen.

Verkehrsfilm. Als Aufklärungsfilm für Schulpredigten wird z. B. ein vom Polizeipräsidenten Stuttgart nach dem Vorbild von München ausgearbeiteter Verkehrsfilm in der Schwäbischen Bilderbühne gezeigt, der bezeichnende Straßenschilder und Verkehrsnotenpunkte Stuttgarts, die gefährlichsten Verkehrssituationen sowie die Tätigkeit der Verkehrspolizei veranschaulicht.

Verurteilung Einbrecher. Im Sommer ds. Js. wurden in der Herdweggegend zahlreiche Einbruchsdiebstähle verübt, wobei erhebliche Beute gemacht wurde. Das Schwurgericht hat nun die Urheber dieser Einbrüche, den 26 Jahre alten Kellerer Oskar Spieß von Frankfurt und den 31 Jahre alten Maschinenbauer Greißler aus Breslau zu je 4 Jahren 6 Monaten Zuchthaus verurteilt. Greißlers Braut, Gertrud Großmann, erhielt wegen Hehlerei 1 Jahr 2 Monate Zuchthaus und der Goldarbeiter Otto Fischer von Berlin, gleichfalls wegen Hehlerei, 3 Jahre 6 Monate Zuchthaus.

Schwemmungen, 30. Okt. Neue Gewerbechule. Gestern wurde das neue Gewerbechulgebäude feierlich seiner Bestimmung übergeben. Fünf Lehrkräfte unterrichten 457 Schüler, die in Sonderklassen zusammengelassen sind: Uhrmacher, Rechnungser, Feinmechaniker, Bau- und kunstgewerbliche Berufe. Vom 1. Dezember treten besondere Klassen für Lehrlinge aus dem Bekleidungs- sowie dem Nahrungsmittelgewerbe und der Elektrotechnik hinzu.

Sausgan, 30. Okt. Angeschossen. Bei einer Treibjagd durch die Jäger der Gemeindejagd Boms im Waldteil Häuler-Wäldle, Wartana Hundsrücken, wurde der Jagd-

flüchter Kalkenmaier von Hjelbach von einem Jagdhund bei Abgabe eines Schusses auf ein Reh durch ritzige Scherenschnörkel in der Hüften verwundet. Die Verletzungen sind lebensgefährlich, doch hofft man, den Verletzten am Leben erhalten zu können.

Stettin-Stettlingen, 30. Okt. In der Klemme. Die Pferde eines mit Gerstenfäden beladenen Wagens kamen in ein scharfes Tempo und jagten durch den engen Hofeingang über die Straße, wobei ein Tier in den Stadtdach fiel. Brauereibesitzer Wöh wurde zwischen zwei Wagen eingeklemmt und durchgerollt, so daß er frant darniederlag.

Aus Stadt und Land

Ragold, 31. Oktober 1925.

Freue dich, daß du zu ringen hast! Nur auf den Bergen blüht Edelweiß, je höher die Pfade, je schöner der Preis, je höher das Tagewort, je höher die Kraft freue dich, daß du zu ringen hast! Frida Schanz.

Allerseelen

Allerseelen — — Gräber, von Blüten schwer überdeckt, liegt der Friedhof am blauen See. Die Kreuze ragen wie stillen Weh und ein einsam Böselein huscht aufgeschreckt über Kreuze und Büten und jäffert dahin und verliert sich auf den Bergen irgendwohin, blaue Silberne Wolken tiefstehend ruh'n.

Warst ein Seelchen du, Böselein? Und hast du nun Die Wolke verschucht, daß sie schwelend zerweh'n, und goldschimmernde Sonnenlichter hehu auf Kreuze und Büten und Blüten, und rings in dem seligen Frieden sich's löst, als wandert' der Seelen Reich'n... Und lächelt froh in das Lühen hinein. Das in Altem Gedenken und Herbstblumenpracht In seliger Fülle die Gräber umwacht...

Der Wind streift über den blauen See — — Die Kreuze ragen nimmer wie Weh, Ein Grühen huscht durch die stillen Reich'n, Sucht niden die Blüten im Sonnenschein, Allerseelen — —

Zum Reformationsfest

Ein gläubiger Mensch sieht in solcher Freude und Sicherheit, daß er sich von seiner Kreatur scheiden läßt, sondern ein Herr über alle Dinge ist, der sich vor nichts fürchtet als vor Gott im Himmel. Luther.

Ein tiefinniges Abzeichen tragen in Württemberg die Jungmädchenevereine, die dem Evangelischen Verband für die weibliche Jugend angeschlossen sind. Es ist die sogenannte Luther-Rose, die nach folgenden eigenen Angaben des Reformationsfestes über seine Beschaffenheit gebildet ist.

Das erste sollte ein Kreuz sein, schwarz im Herzen, das keine natürliche (rote) Farbe hätte... Ob's nun wohl ein schwarzes Kreuz ist, erdrikt und soll auch wehe tun, noch läßt es das Herz in seiner Farbe, verberbt die Natur nicht. Solch Herz soll mitten in einer weißen Rose stehen, anzuzeigen, daß der Glaube Freude, Trost und Frieden gibt, nicht wie die Welt Freude und Freude gibt; darum soll die Rose weiß und nicht rot sein. Solche Rose steht im himmelharten Felde, daß solche Freude im Geist und Menden ein Anfang ist der himmlischen Freude zukünftig, ist wohl schon drinnen begriffen und in Hoffnung gefaßt, aber noch nicht offenbar. Und um solch Feld ein goldener Ring, daß solche Seligkeit im Himmel ewig währt.

Es ist bewundernswert, wie Luther in diesem Sinnbild das ganze Wesen, ja die unersieglige Kraft evangelischen Christentums zu veranschaulichen gewußt hat: seine Innerlichkeit und Natürlichkeit in dem roten Herzen, seinen Ernst und seine Freudeigkeit in dem schwarzen Kreuz und der weißen Rose, sein Wesen als Unterpfand des Himmlischen und Ewigigen im blauen Feld und goldenen Ring. Eine Jugend, der ein solches Abzeichen nicht nur Spielerei ist, sondern Bekenntnis und Strebeziel, bildet eine Hoffnung für unser Volk wie für unsere Kirche. Wir Erwachene wollen sie auf ihrem Weg begleiten und ihr vorangehen, innerlich verknüpft im Glauben Luthers. S. Bl.

Veranstaltungen und Feste am Sonntag.

Nachm. 5 Uhr: Vorträge der Reichszentrale für Heimatdienst im Traubenloal. Nachm. 5 Uhr: Gesellig- und Kammerjäger-Verein in der Waldlust (s. Anzeige).

Vom Rathaus.

In diesen Tagen werden die Steuerzettel der Stadt Ragold für das Rechnungsjahr 1925 — umfassend den Zeitraum 1. April 1925 bis 31. März 1926 — ausgegeben. Die Steuerzettel sind folgende: aus Gemeindegut, Gebäuden und Gewerben erhebt der Staat 8%, die Stadt 12%, des Katasters wie im Vorjahr. Bei der Gebäudeversicherungssteuer hat der staatliche Anteil seit dem letzten Jahre sich verdoppelt. Sie beträgt jetzt insgesamt 21,6%. Landwirte, Kleingewerbetreibende bis zu 150 M Steuerkapital, Kleinrentner oder ihnen Gleichgestellte sind von der Gebäudeversicherungssteuer befreit. An dem Gebäudeversicherungssteuerbetrag sind beteiligt der Staat mit 56%, die Wohnungsbesitzer mit 15%, und die Stadt mit 29%. Der Beitrag zur Landw. Berufsgenossenschaft ist von 3 M auf 6 M 30 J für 100 M Steuerkapital und die Landwirtschafskammerumlage von 72 J auf 80 J für 100 M Steuerkapital erhöht worden. Ueber die Orts- und Landesfirchensteuer wurde das Nähere bereits vom zuständigen Seite veröffentlicht.

Staatsbürgerliche Bildungsstagnung mit zwei Vorträgen.

Wir möchten nicht verschäumen, nochmals auf die beiden Vorträge der Reichszentrale für Heimatdienst hinzuweisen, die morgen nachm. pünktlich 5 Uhr im Traubenloal stattfinden und wobei zwei bewährte Redner über die deutsche Außenpolitik in der Vorkriegszeit und unsere derzeitige Wirtschaftslage sprechen werden. Jedermann ist freundlich eingeladen und wird aller Voraussicht nach wertvolle Erkenntnisse und Anregungen mit nach Hause nehmen können.



Unsere „Feierstunden“

Wegen auf dem Titelblatt ein Augenblicksbild aus der Aktion...

Kein Märchen, sondern Wirklichkeit.

Meister Lampe, der sicherlich unseren Artikel über die Ma...

Sonntagskarten.

Der Sonntagserückfahrartenverkehr ist im Lande stark er...

Zählung der Reisenden bei der Reichsbahn. Die Reichsbahn...

Calw, 30. Okt. Verkehrsfragen. Die Sonderauschüsse...

Vatersbrunn, 29. Okt. Plötzlicher Tod. Der Schlichter...

Tonbach, 29. Okt. Feueralarm schreckte gestern Abend...

Letzte Nachrichten

Reichskanzler Dr. Luther und die Parteiführer.

Berlin, 31. Okt. Reichskanzler Dr. Luther hat die Vor...

Das Wüten der Kriegsgerichte.

Berlin, 31. Okt. Die Morgenblätter melden aus Köln...

Chanmet nicht Präsident der Staatsbank.

Paris, 31. Okt. Chanmet hat gestern Abend nach dem...

Vor weiteren Hinrichtungen in Damaskus.

Berlin, 31. Okt. Die französische Sprechensberichterstattung...

Kollet Nachfolger Sarraills.

Paris, 31. Okt. Es verlautet, daß die Regierung nunmehr...

General Sarraill nach Paris zurückgerufen.

Paris 31. Okt. Wie in politischen Kreisen behauptet wird...

Ein amerikanischer Protest gegen das Vorgehen der Franzosen in Syrien.

Berlin, 31. Okt. Das Washingtoner Staatsdepartement...

Der künftige Posten des Völkerbundskommissars Zimmermann.

Berlin, 31. Okt. Das „Berl. Tagbl.“ meldet aus Haag...

Der italienische Faschisten-Kongreß in Rom.

Berlin, 31. Okt. Heute ist in Rom der Faschisten-Kongreß...

Handel und Volkswirtschaft

Deutsch-österreichischer Handelsvertrag. In nächster Woche...

Zahlungseinstellungen. In Berlin haben sechs alte Berliner...

Vier Millionen Mark Verlust bei Ahrmetall. Wittermeldungen...

Befreiung des englischen Geschäftslebens. Die Zahl der Arbeitslosen...

Märkte

Stuttgarter Schlachtlehmarkt vom 29. Okt. Zugezogen: 23 Ochsen...

Table with market prices for various goods like wheat, oil, and other commodities.

Stuttgarter, 30. Okt. Schmalzmarkt. Zufuhr: 479 Stück...

Frankfurt, 30. Okt. Getreide. Weizen 11.20, Gerste 10.00...

Der Weinmarkt. Der Weinmarkt in Deutschland soll nicht...

Getreide. Weizenmarkt auf dem Weizenmarkt. Zufuhr...

Der Schmalzmarkt. Der Schmalzmarkt hat gegenüber der...

Eingefandt.

(Für Einladungen unter dieser Rubrik übernimmt die Schriftleitung...

Oberjettingen. Auf das Eingefandt in Nr. 252 dieses Blattes...

Das die Polizeibehörden (nicht nur die Oberjettinger) keine Freude...

Darauf entgegen wir unterreichte, daß die für uns grundlegenden...

Wir verweisen besonders auf den auf Seite 6 befindlichen Aufsatz...

Advertisement for Persil detergent, featuring the slogan 'Persil bleibt Persil' and 'Dies Wort, aus Hausfrauenmund geprägt'.

Advertisement for Bierverkauf (Beer sale) at the next Monday, mentioning various beer brands and prices.

